



Julmond 2020

Neue Hetze gegen uns?

Vom Freiheits- und Demokratieverständnis der Staatsorgane, des Verfassungsschutzes, der Journalisten und der Politiker

Was zeichnet eine Demokratie und einen Rechtsstaat mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus? Statt „einem Blick nach rechts“ ist ein Blick in das Grundgesetz hilfreich:

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Nun regen sich Politiker, der Verfassungsschutz und andere darüber auf, daß der Bund für Gotterkenntnis (L.) seine Räumlichkeit an Junge Nationale vermietet habe, deren einziges Verbrechen ganz offensichtlich ihre politische Anschauung ist. Hätten sie sich in irgendeiner Form straf- oder zivilrechtlich falsch verhalten, wäre das sicherlich erwähnt worden.

Der Bund für Gotterkenntnis ist weder ein Exekutivorgan der Bundesrepublik Deutschland noch eine Kontrollinstanz für die Meinung seiner Mieter. Wir achten das Grundgesetz und sehen keinen Grund, jemanden, der sich in unserem Heim anständig verhält und von dem wir nicht befürchten müssen, daß er aus Ablehnung unserer Weltanschauung alles demoliert, unser Heim zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz zu den oben aufgeführten Personen und Institutionen geht es uns wirklich um den Erhalt der Grundrechte und wir nehmen Artikel 3 (3) des Grundgesetzes sehr ernst.

Nach unseren Erfahrungen im Dritten Reich wissen wir, daß nur allzuleicht sowohl die Medien als auch Inlandsgeheimdienste ihre Kontrollfunktion aufgeben und sich zu Dienstern der Machthaber machen, auch wenn ganz klar Grundrechte verletzt werden. Es muß erlaubt sein, die Frage zu stellen, ob auch der Verfassungsschutz von seiner Aufgabe abrückt und selbst die durch das Grundgesetz geschützten Rechte mehr und mehr mit Füßen tritt und fast nur noch die Macht der Amtierenden stützt? Eigentlich sollte der

Verfassungsschutz darüber wachen, daß es nicht noch einmal zu einer diktatorischen Machtübernahme der regierenden Partei wie am Ende der Weimarer Republik kommen kann.

Im Grundgesetz ist nicht vermerkt, daß Volksbewußtsein und völkisches Denken nicht unter den Schutz der politischen Überzeugung fallen. Wäre das Übel des Dritten Reiches das Volksbewußtsein gewesen, wäre es ein leichtes gewesen, dies im Grundgesetz ausdrücklich auszuschließen. Aber es wurde nicht ausgeschlossen, weil Völkischsein nichts mit dem Dritten Reich zu tun hat. Im Gegenteil, Vorbild für das Dritte Reich waren multikulturelle Reiche wie die Caesaren-Reiche (der Caesaren-Gruß war Vorbild für den Hitlergruß), Karl der Große oder Alexander der Große.

Wahres Völkischsein, welches **jedes** Volk als unersetzblichen Ausdruck des Göttlichen ansieht, das der Schöpfung zugrunde liegt, kennt weder Imperialismus noch Kolonialismus. Das Völkischsein kennt auch keinen überbordenden Kapitalismus, der dazu geführt hat, daß eine Ausbeutung Vieler durch Wenige erfolgen kann. Es kennt auch keine Einmischung in die Lebensgestaltung anderer Völker. Völkisch sein heißt, im Einklang mit den Schöpfungsgesetzen die Entfaltung der eigenen Lebensart in Bräuchen, Sitten und Kulturwerken im angestammten Raum anzustreben, ohne andere Menschen und Völker in ihrer Freiheit zu bedrohen.

Daß eine solche Haltung in unserer Zeit für gefährlich gehalten wird, ist erstaunlich. Sinnt man ein wenig darüber nach, kann es fast nur eine Erklärung geben:

Die Mächtigen wollen genau das, was wir nicht wollen, z.B.:

- den versklavten Menschen, der für den Profit von (Groß)-betrieben oder in Staatsbetrieben arbeitet und deshalb meist keine Kritik an den Herrschenden üben kann.
- den Menschen, der trotz fleißiger Arbeit mittels Steuern und sonstiger Abgaben durch (internationale) Konzerne ohne Gegenwehr ausgebeutet werden kann, weil er Angst hat, sonst gar keine Arbeit zu haben und keine Zeit mehr hat sich mit grundsätzlichen Fragen zu befassen.
- Kriege, die vortrefflich geeignet sind, Machtziele zu erreichen und Geld sowohl bei der Herstellung und dem Verkauf von Waffen (manchmal sogar an beide Seiten der Konfliktparteien) als auch beim späteren Wiederaufbau zu verdienen,
- Ein Gesundheitswesen, in welchem Profitdenken und nicht gesundheitliche Notwendigkeiten viele Behandlungen bestimmen.

Zu den Medien erübrigen sich viele Worte. Sie zeigen jeden Tag in ihren Beiträgen, daß sie nicht frei sind. Sie sind die Interessenvertreter ihrer oft auch noch internationalen Geldgeber, das war im Dritten Reich nicht anders. Nur mit Hilfe der Medien konnte die Staatsdoktrin verbreitet und die Einschüchterung und Verfolgung Andersdenkender und -seiender bewältigt werden.

Der Zeitungsartikel im Hohenloher Tagblatt vom 19.12.2020 und später in der Hohenloher Zeitung vom 23.12.2020 bestätigt das zuvor Geschriebene eindrucksvoll.